

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Gesundheitswesen - Kohlesubventionen - Fernstraßenbau - Kreditinstitute - Weltbank

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1997) : Kurz kommentiert: Gesundheitswesen - Kohlesubventionen - Fernstraßenbau - Kreditinstitute - Weltbank, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 3, pp. 129-130

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137447>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gesundheitswesen

Einseitige Kostenverlagerung

Im Rahmen seiner Bemühungen, die Finanzprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung in den Griff zu bekommen, hat sich Bundesgesundheitsminister Seehofer schließlich mit seinem Vorschlag durchsetzen können, die Zuzahlungen für Arzneimittel und andere Leistungen deutlich zu erhöhen. Zuvor waren verschiedene Versuche fehlgeschlagen, für andere Maßnahmen politische Mehrheiten zu erhalten. Nunmehr sollen durch die höhere Selbstbeteiligung der Patienten die kurzfristigen Finanzierungslücken der Kassen gedeckt und so die Beitragssätze – und damit der Arbeitgeberanteil – stabil gehalten werden.

Längerfristig wird diese Regelung allerdings wenig bewirken. Die nächsten Beitragserhöhungen sind schon vorprogrammiert, denn Seehofer hat unter anderem auch vor, die Budgetierung bei den Leistungserbringern durch Richtgrößen zu ersetzen. Die Reimportpflicht für Arzneimittel wurde bereits aufgehoben. Diese von den Lobbyisten vielgeschmähten Regelungen hatten immerhin seit 1993 für relative Beitragsstabilität gesorgt.

Die als Übergangsregelung bis zur Erarbeitung eines endgültigen Reformkonzepts gedachten Maßnahmen entfallen nun, ohne daß eine neue, in sich geschlossene Lösung in Sicht ist. Was bleibt, ist der Rückgriff auf die Selbstbeteiligung als Finanzierungsinstrument. Statt um mehr Kosteneffizienz geht es dabei nur noch um Kostenverlagerung, denn als Steuerungsinstrument im Gesundheitswesen ist die Selbstbeteiligung nur sehr bedingt geeignet, weil der Patient in der Regel eben nicht als souveräner Konsument auftreten kann, der seine Nachfrage am Preis orientiert. Über Art und Umfang der Nachfrage entscheidet vielmehr der Arzt als Anbieter. Diese Besonderheit des Gesundheitswesens scheint Minister Seehofer aus dem Blickfeld geraten zu sein. er

Kohlesubventionen

Kein klares Konzept

Unter dem Druck leerer Haushaltskassen ist auch die deutsche Kohlepolitik wieder auf die politische Tagesordnung geraten. Der Abbau der Subventionen für die Steinkohle soll nun rascher erfolgen als bisher vorgesehen. Nach heftigen Protesten der Bergleute gegen die Absicht der Bundesregierung, die Absatzhilfen des Bundes bis zum Jahr 2005 um mehr als die

Hälfte zu kürzen, soll nach dem nun gefundenen Kompromiß die Verminderung der Subventionen und damit der Abbau der Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau zeitlich gestreckt werden.

Die Einstellung der Kohleschutzmaßnahmen war angesichts der hohen Subventionen von der Wissenschaft wiederholt vorgeschlagen worden. Von den vielen Versuchen, die Subventionierung zu begründen, können letztlich nur regional- und sozialpolitische Ziele überzeugen. Sie rechtfertigen Hilfen aber nur auf Zeit. Die offizielle Politik mochte sich jedoch bislang nie zu einem Auslaufen der Steinkohleförderung bekennen. Das Fehlen eines klaren kohlepolitischen Konzepts ist mitverantwortlich dafür, daß der strukturelle Anpassungsbedarf in den Kohleregionen noch so groß ist.

Selbst heute ist das Ziel der Regierung ein, wie es im jüngsten Jahreswirtschaftsbericht heißt, „gesamtwirtschaftlich tragbarer und lebensfähiger Bergbau“. Da sogar der Gesamtverband der deutschen Steinkohle eingeräumt hat, daß es einen rentablen Teil der Förderung in Deutschland nicht gibt, und eine Schließung der Preisschere zwischen heimischer und importierter Kohle nicht zu erwarten ist, kann das nur das erneute Versprechen einer Dauersubventionierung bedeuten – ein Versprechen, das sich nicht halten lassen wird. Statt mit Kürzungen auf Raten die Betroffenen immer wieder zu verunsichern, wäre es ehrlicher, den Endzeitpunkt für die Kohleförderung festzulegen und dafür Sorge zu tragen, daß die Anpassung sozialverträglich vollendet werden kann. ma

Fernstraßenbau

Rückgriff auf private Finanzierung

Bundesverkehrsminister Wissmann will künftig beim Bau von Fernstraßen verstärkt auf eine private Finanzierung zurückgreifen. Seit 1994 bestehen die rechtlichen Voraussetzungen für Betreibermodelle für Gebirgspässe, Brücken oder Tunnel im Zuge von Autobahnen oder Bundesstraßen. Planung, Bau, Erhalt, Betrieb und Finanzierung dieser Projekte werden vollständig von privaten Investoren übernommen. Diese erhalten dafür das Recht, Mautgebühren zu erheben. Begründet wurde die Einführung dieses Modells im wesentlichen damit, daß vordringliche Straßenbauprojekte früher verwirklicht werden können, als dies aufgrund der schlechten Haushaltslage sonst möglich wäre. Da das Modell aber nur sehr zögernd von Investoren aufgenommen wurde, sollen nun staatliche Zuschüsse von bis zu 20% der Baukosten als Anschubfinanzierung gewährt werden.

Dieses Modell ist offensichtlich weder unter haushalts- noch unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten sinnvoll. Konnte 1994 noch eingeräumt werden, daß es möglicherweise tatsächlich zu einer schnelleren Verwirklichung von dringend notwendigen Straßenbauprojekten kommen würde, so wird heute deutlich, daß nicht einmal dieser kurzfristige Aspekt des Modells tragend war. Unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten sind bei einem Netzmonopol wie dem Straßennetz die Vorteile einer zentralen Planung unumstritten. Im Bereich der Finanzierung besteht die Gefahr des sogenannten „Rosinenpickens“: die Investoren finanzieren vielbefahrene Verkehrsknotenpunkte und können anschließend Monopolrenten abschöpfen, die zu gesamtwirtschaftlichen Ineffizienzen führen. Die Anschubfinanzierung verschärft noch die ordnungspolitischen Bedenken, ohne die Zweifel an der Effektivität dieses Instrumentes auszuräumen. cw

Kreditinstitute

Streit um „Bankenmilliarde“

Angesichts des zunehmenden internationalen Bankenwettbewerbs und des wachsenden Marktanteils öffentlicher Kreditinstitute verwundert es nicht, wenn Banken und Sparkassen ständig aneinandergeraten. Führt dieser Streit zu Qualitätsverbesserungen und/oder Kostensenkungen ist er volkswirtschaftlich sogar erwünscht. Allerdings kommt es auf den Streitgegenstand an. Hatte sich der Bundesverband deutscher Banken im letzten Jahr zu Recht wegen wettbewerbsverzerrender staatlicher Gewährträgerhaftung für Sparkassen und kostenloser Bereitstellung von Vermögen der Wohnungsbaukreditanstalten als Landesbank-Eigenkapital an die EU-Kommission gewandt, so geht es neuerdings um einen Nebenkriegsschauplatz. Der Bundesverband wirft den Sparkassen vor, ihre Zusagen hinsichtlich der „Bankenmilliarde“ zugunsten ostdeutscher Unternehmen nicht eingehalten zu haben. Was steht dahinter?

Anfang 1993 hatte die Bundesregierung den deutschen Kreditsektor dazu „überredet“, Gelder für sanierungsfähige ostdeutsche Unternehmen der Treuhandanstalt bereitzustellen. 400 Mrd. DM sollten von Privatbanken, 400 Mrd. DM vom Sparkassen- und 200 Mrd. DM vom Kreditgenossenschaftssektor kommen. Dabei ging es angeblich nur darum, sanierungsfähige Unternehmen zu finanzieren. So ganz sicher scheint man sich jedoch nicht gewesen zu sein, denn sonst hätte man ja keinen politischen Druck ausüben müssen. Das erklärt auch die von den Kreditinstituten

geübte Zurückhaltung. Selbst bei den Privatbanken wurde die Restsumme erst nach Mahnung Anfang dieses Jahres aufgebracht. Der Sparkassenverband meint zudem, mit 25 Beteiligungen sein Soll erfüllt zu haben. Aber selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, wäre es volkswirtschaftlich zu begrüßen, wenn Banken sich politischem Druck widersetzen und Kundengelder nicht in hochriskante Unternehmungen investieren. de

Weltbank

Neues Rollenverständnis

Jedem Weltbankpräsidenten seine eigene Organisationsstruktur. Von dieser Regel macht auch James Wolfensohn keine Ausnahme. Um die internationale Entwicklungsbehörde effizienter zu machen, will er sie entbürokratisieren und dezentralisieren; 600 der 8500 Mitarbeiter in Washington sollen entlassen, der Rest durch Fortbildung in die Lage versetzt werden, den großen Herausforderungen, wie der Armutsbekämpfung, gerecht zu werden. Qualität statt Quantität heißt die Devise.

Mit der Konzipierung von Entwicklungsstrategien, ihrer Vorreiterrolle beim Aufgreifen neuer Herausforderungen und der Kritik an Fehlentwicklungen hat sich die Weltbank über ein halbes Jahrhundert unschätzbare Verdienste erworben. Nun ist sie aber selbst ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Ihre Entscheidungsprozesse gelten als verkrustet und zentralistisch. Die für einen nachhaltigen Projekterfolg notwendige Partizipation der Nehmerländer und die Kooperation mit Nicht-Regierungsorganisationen sei, so die Kritiker, nur in Ansätzen vorhanden. Das Kreditvolumen, nicht der Projekterfolg, sei für die Karriereaussichten der Mitarbeiter maßgeblich. Die Folgen: 15 bis 30% der Weltbankprojekte gelten als Fehlschlag. Aber auch sinnvolle Projekte, vor allem im Umweltschutz, dienen zum erheblichen Teil der Schadensbegrenzung anderer Weltbankvorhaben.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die grundsätzliche Frage nach der Aufgabe der Weltbank in einer Zeit zunehmender privater Kapitalströme in Entwicklungsländern an Bedeutung. Nicht nur mehr Effizienz und Kundennähe, sondern auch die Konzentration auf entwicklungspolitische Engpaßbereiche und ein neues Rollenverständnis im Hinblick auf die privaten Kapitalmärkte sind gefragt. Wolfensohns Pläne zeigen, daß er den Ernst der Lage erkannt hat. Ihre Umsetzung dürfte sich aber angesichts bürokratischer Hemmnisse sowie der unterschiedlichen Interessenlagen von Geber- und Nehmerländern äußerst schwierig gestalten. fa